

Die „Vorwärts“ erscheint morgens und nachmittags, Sonn- und Montags aus-
genommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Stadt-Berlin
10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition schriftlich abgeholt 2,50 M. Für Porto-
bezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Berücksichti-
gung der Postämter für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.
jährlich. Postamt-Berlin, der Brief für Deutschland und Österreich 10,- M.
Kasseler. Expedition und Verlag: Berlin E. L. Weite Straße 20.

Die wichtigsten Kampfergebnisse über dem Raum kostet 4,- M. einschließlich
Erwerbslosenzulage. Klein-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere
Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbslosenzulage. Laufende Anzeigen laut Tarif.
Familien-Anzeigen und Stellen-Befunde 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Befunde
in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M.
Berlin-Präsident: Zentrum 2030, 2045, 4510, 4602, 4635, 4640, 4622

Vorwärts

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Reichsrekutive gegen Bremen

Ein grober Amtsmißbrauch!

Berlin, 7. Januar.

W. L. A. teilt mit: Von der Bremer Bürgerschaft waren kürzlich Beschlüsse gefaßt worden, wonach erstens bei der Ordnungspolizei der größere Teil der Führerstellen gestrichen und zweitens die Stadtmehrheit schrittweise aufgehoben werden sollte. Durch diese Beschlüsse wurden die Sicherheitszustände in Bremen empfindlich herabgesetzt. Der Reichsminister des Innern hat daher auf Grund einer kommissarischen Prüfung der Verhältnisse ein Schreiben an den Senat in Bremen gerichtet, in dem er nach Darstellung der dortigen Verhältnisse zu dem Ergebnis kommt, er erachte durch die getroffenen Beschlüsse der Bürgerschaft ein Schreiben an den Senat in Bremen für gefährdet und ersucht, bei dem überwiegenden finanziellen und allgemeinen Interesse, das das Reich an der Ordnung der Sicherheitsverhältnisse habe, diese Beschlüsse einer Revision zu unterziehen. Er lege einer Mitteilung der Ergebnisse der Verhandlungen entgegen und werde nach Eingang dieser Mitteilung seine endgültige Entscheidung treffen.

Mit dieser Handlung setzt die Orgeschregierung ihrer reaktionären Politik die Krone auf. Der Minister des Innern, der sogenannte Demokrat Koch, droht Bremen rund heraus die Reichsrekutive an, wenn die Stadtmehrheit, die dem Abkommen von Spaa widerspricht, aufgelöst und die Polizei den Wünschen der Mehrheit der Bevölkerung gemäß reformiert wird.

Herr Koch, der in der Reichsregierung eine ganz üble reaktionäre Rolle spielt, auf dessen Treibereien es zurückzuführen ist, daß die Orgesch nicht für das ganze Reich verboten wurde, der also mit samt seinen übrigen Ministerkollegen die Verantwortung für den Konflikt trägt, der infolge des Nichtinhaltens des Abkommens von Spaa entstanden ist, dieser Minister Koch wagt es, und sicher wiederum im Einklang mit seinen übrigen Kollegen, der Bremer Bürgerschaft in Form einer ultimativen Drohung die Wänderung eines wohlüberlegten Beschlusses abzunötigen und sie zu einer ungeheuerlichen Handlung zu verleiten.

Minister Koch hat vor einigen Tagen in Bremen eine Rede gehalten. Bei dieser Gelegenheit ist ihm sicher von den Bremer Reaktionen dieser wohlüberlegte Gewaltstreik in die Ohren geflüstert worden. Die Bremer Bürgerschaft hat ihre Beschlüsse mit Mehrheit gefaßt. Herr Koch hat sich in diese Angelegenheit nicht hineinzu-mischen, da er sich aber dazu verfliegen hat, diese Drohung auszuführen, liegt ein grober Mißbrauch der Amtsgewalt im Dienste der monarchistischen Reaktion vor.

Wenn Herr Koch Ordnung im Reich haben will, dann soll er die Orgesch auflösen, die offen auf einen monarchistischen Putsch hinstreut, dann soll er seinen Einfluß geltend machen, daß die Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen beseitigt werden; wenn er Verlangen nach der Reichsrekutive hat und den starken Mann spielen will, dann soll er seine Künste an Bayern erproben, das durch seine Haltung in der Entwaffnungsfrage das ganze Deutsche Reich in schwere außenpolitische Katastrophe zu stürzen droht. Aber für die offene Auslieferung in Bayern hat Herr Koch das volle Verständnis, er billigt und unterstützt diese Auslieferung sogar durch sein ganzes Verhalten. Den Staat Bremen aber kündigt er den offenen Terror an, wenn sie die Mehrheitsbeschlüsse des Parlaments durchführt und damit ihre demokratischen Pflichten erfüllt.

Das Vorgehen Kochs ist aber noch nach einer anderen Seite herausfordernd. Am Sonntag findet in Bremen ein Volksentscheid über das fernere Verbleiben des rein bürgerlichen Senats statt. Diesen Wahlakt beeinflusst Herr Koch durch seine Drohung in größtmöglicher Weise. Die Bremer Bevölkerung soll in einen Angstzustand veretzt werden, sie soll eingeschüchert werden, damit sie ihre Stimmen nicht für einen sozialistischen, sondern für den bürgerlichen Senat abgibt. Die Bremer Arbeiter werden dieses reaktionäre Manöver zu durchkreuzen wissen. Im Reichstag muß den Herrschaften aber endlich die Nase vom Gesicht gerissen werden. Die Herrschaftsregierung ist der Schrittmacher der monarchistischen Restauration in Deutschland.

Der Orgeschhauptling redet

Die Orgeschmänner entfalten zur Stunde eine lebhaft propagandistische Tätigkeit, um die Entwaffnungsaktion zu durchkreuzen und dem Auslande ein falsches Bild über die Zustände in Deutschland zu geben. Der Forstmeister Escherich verleiht sich in einem Abendblatt zu einem Leitartikel und versucht darin seiner Organisation ein möglichst harmloses Aussehen zu

geben. Alles, was er zu sagen weiß, steht im strikten Gegensatz zur Wahrheit. So schreibt er über die Stellung der Orgesch zur Monarchie:

„In Bayern sind größere Teile monarchistisch gesinnt, und trotzdem wüchsen wir jeden monarchistischen Putsch rücksichtslos unterdrücken, sowohl in Bayern wie im Reich. Jeder gewaltsame Umsturzversuch ist heutzutage ein Verbrechen am Volk und wird von uns mit aller Rücksichtslosigkeit bekämpft werden. Versämlungsänderungen können und dürfen nur auf legalem Wege zustande kommen, sonst haben sie nicht nur keinen Bestand, sondern sie stürzen unser armes Volk aufs neue ins Unglück.“

Wir kennen die Weisse, wir kennen den Text. Vor dem Kampfputsch versicherten Reichswehr, Einwohnerwehren, Zeitfreiwillige immer wieder, auch gegen einen Putsch von rechts mit aller Schärfe vorzugehen. Als aber Ehrhardt in Berlin einzog, weigerten sich Seekt und Trotha, den Vormarsch aufzuhalten und nicht nur die Reichswehr, sondern auch Einwohnerwehren und Zeitfreiwillige gingen mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel zum Feinde über. Wie will die Orgesch einen monarchistischen Putsch abwehren, wenn die Orgesch die Kampfvereinigung der Monarchisten ist? Soll Orgesch auf Orgesch, Monarchist auf Monarchist schießen? Das glaubt wohl nur einer, der ein größeres Quantum bairisches Kolbier in seinen Leib gegossen hat. Da dieses in Berlin sehr teuer ist, hätte sich Herr Escherich seine Mühe ersparen können.

Französische Ministerkrise

Seit einigen Tagen kommen aus Paris Meldungen über eine französische Ministerkrise. Es werden schon eine Reihe neuer Namen genannt und es taucht sogar die Behauptung auf, der Wechsel des Kabinetts werde schon am kommenden Sonntag vollzogen werden. Wir können diesen Meldungen vorläufig keine besondere Bedeutung beimessen. Sollte es aber tatsächlich zu einem Kabinettswechsel kommen, dann wird sich nicht ein Rud nach links, sondern nach rechts vollziehen. Die Gerüchte über den Kabinettswechsel hängen mit der Entwaffnungsfrage zusammen. Die öffentliche Meinung Frankreichs verlangt eine schnelle und restlose Durchführung des Abkommens von Spaa und eine festere und energiegelohere Führung der auswärtigen Politik. Wenn also aus dieser Situation heraus tatsächlich ein Ministerwechsel eintreten sollte, so würde dieser Wechsel letzten Endes keine Spitze gegen Deutschland richten, und wenn er sich vollziehen sollte, durch die Haltung der deutschen Regierung in der Entwaffnungsfrage verursacht worden sein.

Auch die Nachrichten über den englisch-französischen Gegensatz sind stark aufgebauscht. Nach einer Neutermeldung aus London sind die amtlichen englischen Kreise überzeugt, daß eine unbedingte Verständigung in allen wesentlichen Punkten erzielt werden wird, sobald sich die Ministerpräsidenten auf der am 19. Januar stattfindenden Konferenz persönlich gegenüberstehen können. Selbst über unbedeutende Einzelfragen erwartet man keine wichtigen Meinungsverschiedenheiten.

Demonstrationen in Essen

Essen, 7. Januar.

Anlässlich der wegen der Märzunruhen erfolgten Verhaftung des Betriebsratsmitglieds Schäfer von der Firma Krupp demonstrierten mittags nach der Arbeitszeit etwa 2700 Arbeiter und Angestellte der Firma. Auf dem Burghaus wurde eine längere Entscheidung verlesen, in der die sofortige Freilassung des Betriebsratsmitglieds gefordert und der Reaktion scharfer Kampf angesetzt wird. Nachdem der Vorsitzende des Kruppischen Betriebsrats die Versammlung auferforderte, ruhig auseinanderzugehen, fand die Demonstration ihren Abschluß.

Erklärung

In der „Roten Fahne“ ruft die U. S. P. D. die Berliner Arbeiterschaft zu einer Demonstration für Sonntag, den 9. Januar, vormittags 11 Uhr, nach dem Lustgarten auf.

Die U. S. P. D. durchkreuzt mit dieser politischen Demonstration die gewerkschaftliche Kundgebung der Eisenbahner, nimmt ihre die Möglichkeit eines ungestörten Verlaufs, und zwingt die Eisenbahner, zur Vermeidung von unliebsamen Zwischenfällen, die Demonstration abzusagen.

Die U. S. P. D. hat bereits die Demonstration unserer Partei, gegen den weihen Schrecken in Ungarn, durch Standpatrouillen zu stören versucht. Da anzunehmen ist, daß die Kommunisten auch ihre Demonstration am Sonntag zu Zwecken auszunutzen versuchen, die das Gesamtinteresse des sozialistischen Proletariats schädigen, ersuchen wir unsere Mitglieder und die mit der U. S. P. sympathisierende arbeitende Bevölkerung Groß-Berlins, der geplanten kommunistischen Demonstration im Lustgarten fern zu bleiben.

Bezirksverband der USPD, Berlin-Brandenburg
Der geschäftsführende Ausschuß.

Schädlinge und Zersplitterer

Die Kommunisten ruinieren die Eisenbahnerbewegung

Die tumultuarische Politik der Kommunisten wird mehr und mehr zu einer Schädigung für den Kampf der Arbeiterklasse, wie für jede Einzelbewegung ihrer Organisationen. Während des Lohnkampfes der Beamtenschaft und während des Streites um das Streikrecht der Beamten trieb die „Rote Fahne“ von Sympathie für die Bewegung, und als die Eisenbahner in einheitlicher Kampftruppe antraten, um der durch die Schlappeheit des Deutschen Beamtensbundes mit dem Verbleiben bedrohten Bewegung neuen Elan zu verleihen, begrüßte die „Rote Fahne“ mit Begelsterung die Eisenbahner als einen Vortrupp des klassenbewußten Proletariats. Ihre Redner führten bei passenden und unpassenden Gelegenheiten in allen Versammlungen einen heftigen Kampf gegen die die Eisenbahnarbeiter und Angestellten niederhaltende Bürokratie. Der bei den Verhandlungen erzielte Einigungsvorschlag stieß — mit Recht — auf den Widerstand der „Roten Fahne“. Wenn man von einigen Entgleisungen abseht, so deutete alles darauf hin, daß die Eisenbahner in ihrem Kampfe der wirksamsten solidarischen Unterstützung der kommunistischen Partei gewärtig sein konnten.

Alles war Lug und Trug! Es paßte den Kommunisten in den Kram, daß die Eisenbahner in heftige Erregung geraten waren, und sie gaben sich der Hoffnung hin, daß ihre putschistischen Gelüste an dieser Bewegung neue Befriedigung finden würden. Daß es ihnen durchaus nicht daran gelegen war, die große einheitliche Lohnbewegung der Eisenbahner zu unterstützen, indem sie ihre Mitglieder zum disziplinierten Aushalten in Reich und Glied der Gesamtbewegung anhielten, war bereits an einigem polternden Geschimpfe der „Roten Fahne“ über die Taktik der einheitlichen Spitze der vier Eisenbahner-Gewerkschaften zu erkennen. Es wurde deutlicher, als die Berliner Ortsgruppe des Berliner Eisenbahner-Verbandes ihre Mitglieder zu einer Protestkundgebung gegen das mehr als mäßige Angebot der Regierungsvertreter aufforderte. Der Aufruf zur Demonstration, der bei uns am Donnerstag früh zum erstenmal erschien, war in der „Roten Fahne“ nicht zu lesen. Dagegen erschienen in den Betrieben Plakate, die die Anhänger der Kommunisten zu einer Sonderdemonstration am Sonntag, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus einluden, bei der Däumig, Pössi und Geselle über die Eisenbahnerbewegung referieren sollten.

War das schon eine Zersplitterung der Einheitsaktion der Eisenbahner und damit eine Schwächung ihrer Position in der Öffentlichkeit sowie gegenüber der Bürokratie, womit der bürgerlichen Presse am nächsten Tage wieder reichlich Stoff zu hämischen Spott über die unklare und zersplitterte Arbeiterklasse geboten worden wäre, so kam es noch schlimmer, als die Flensburger Vorgänge die Aufmerksamkeit der kommunistischen Putschisten auf sich lenkten. Die günstige Gelegenheit, den Hebel an zwei Punkten zugleich anzusetzen, ganz gleich, ob wichtige Interessen breiter Schichten der Arbeiterklasse dabei niedergetrampelt werden oder nicht, durfte nicht vorübergehen. Die Plakate, die die Kommunisten ins Große Schauspielhaus bestellen sollten, wurden eilends überflüssig, die Parole wurde verändert, das Schauspiel wurde von der Karlsruher nach dem Lustgarten verlegt, Demonstrationen zum Protest gegen die von den Kommunisten selbst verschuldeten Flensburger Vorgänge wurden angekündigt. Gleichzeitig erschien aber nun in der Morgenausgabe der „Roten Fahne“ vom Freitag, also in der gleichen Ausgabe, die zum Protest wegen der Flensburger Vorgänge aufforderte, der Aufruf zur Protestkundgebung der Eisenbahner, die ebenfalls — eine Stunde früher — im Lustgarten stattfinden sollte.

Die Absicht ist klar. Die Kommunisten wollten auf solche Art das Wasser der Eisenbahnerbewegung auf ihre eigenen putschistischen Mühlen leiten und die kampfbereite Eisenbahnerbewegung als Stoßtrupp für ihre Spektakelpolitik benutzen, womit sie natürlich der Demonstration der Eisenbahner jede Wirkung für die eigene Sache der Eisenbahner nehmen mußten.

Alle Sympathie für sie, alles Gerede und Geschreibe über die Notwendigkeit der Lohnaufbesserung für die Eisenbahner, um die allein es gegenwärtig zu kämpfen gilt, entpuppt sich somit als demagogische Schaumbläserei schlimmster Art. Die Eisenbahnerbewegung, wie jede andere bedeutsame Teilbewegung des Proletariats, ist den Kommunisten gut genug, um das eigene Parteinteresse zu fördern.

Und diese Gesellschaft wagt es, über den Verrat anderer Gruppen des Proletariats und ihrer Führer zu sprechen. Ein derartiges Vorgehen, das die Kräfte des Proletariats gewissenlos zermürbt und die Gemüter in Verwirrung bringt, ist schlimmer als das gefährlichste Abweichen von den proletarischen Grundsätzen, das je in der Arbeiterbewegung in Erscheinung getreten ist. An Geisteslosigkeit übersteigt dieser neueste Streich der

Kommunisten alles, was wir an ihnen selbst erlebt haben und von ihnen erwarten konnten. Will sich die Arbeiterschaft von dieser Gesellschaft nicht vollends ins Verderben ziehen lassen, so muß sie offen und deutlich von diesem unverantwortlichen Blödsinn abbrechen. Sie kann das, indem sie das heftigste Häuflein der Kommunisten am Sonntag unter sich läßt, um ihnen Gelegenheit zu geben, die Häupter der ihren einmal zu zählen.

Die Eisenbahner haben diesen Weg bereits gewählt. Da sie ihre eigenen Interessen nicht mit dem putschistischen Blödsinn der Kommunisten vermischen lassen wollten, haben sie die für Sonntag vormittag geplante Protestkundgebung abgelehnt. Es war der einzige Weg, den sie gehen konnten. Es ist ihnen damit allerdings die Gelegenheit genommen worden, ihren Unwillen über das Angebot der Regierung vor der breitesten Öffentlichkeit kundzutun. Ihre eigene Bewegung wird auf solche Art gehindert, sich in jener machtvollen Größe auszuwirken, die notwendig wäre, um noch in letzter Stunde günstigere Bedingungen bei der Bureaupolitik herauszuholen. Der Kampf der Eisenbahner hat damit eine Schwächung erfahren und den Dank dafür mag die Eisenbahnerschaft den Kommunisten aussprechen, die es nicht ruhig mit ansehen konnten, daß eine große wichtige Arbeitergruppe in einheitlicher Linie und mit einmütigen Willen für ihre wichtigsten Lebensinteressen kämpfte, ohne daß sie selbst ihre schmuggigen Finger dabei im Spiele hätten. Die Eisenbahner wie die gesamte Arbeiterschaft werden auch daraus lernen, und wir erwarten mit Bestimmtheit, daß die Stunde, da das schädigende Treiben der Kommunisten vom letzten Arbeiter als solches erkannt worden ist, nicht mehr fern sein wird. Geschichte das nicht, dann ist es bald überhaupt nicht mehr möglich, einzelne Bewegungen der Arbeiterschaft zum Erfolg zu führen. Dann wird die Lebenshaltung der Arbeiter tiefer und tiefer sinken und die Organisationen werden wertlos und mit gebundenen Händen dabeistehen. Dank dem kommunistischen Irrsinn!

Die Flensburger Vorgänge

Selbstentlarung der „Roten Fahne“

Die „Rote Fahne“ entlarvt sich jetzt selber. Sie ist gezwungen, ihre erste Darstellung, in der sie behauptete, daß die Schutzpolizei plötzlich aus den Querstraßen hervorbrach und auf die abrückende Menge scharf feuerte, preiszugeben. In ihrer gestrigen Abendausgabe schreibt sie selbst, daß sich die blutigen Vorfälle nicht in den Querstraßen ereigneten, sondern unmittelbar vor der Kaserne. Damit ist die Darstellung, die die Erklärung der Flensburger Arbeiterschaft von den Vorfällen gegeben hat, vollkommen bestätigt und es sind auch die Schlussfolgerungen gerechtfertigt, die wir daran geknüpft haben. Im übrigen seit die „Rote Fahne“ Gift und Galle über die Erklärung der Flensburger Arbeiterschaft, die ihr höflich unangenehm ist und von der sie in läugerischer Weise behauptet, daß sie nicht in Flensburg entstanden sei. Dem braucht wohl nur die Tatsache entgegengehalten zu werden, daß die gesamte Flensburger Arbeiterschaft diese Erklärung ihrer Funktionäre billigt, und daß in Flensburg seit den blutigen Zusammenstößen vollständige Ruhe herrscht und die Arbeiterschaft dort keine Protestkundgebungen gegen die Polizei veranstaltet hat, weil sie genau weiß, daß die Kommunisten die Schuld an dem Blutbad tragen.

Daß aber die Haltung der Berliner Kommunisten nur von ihren agitatorischen Wünschen geleitet ist, zeigt der auffallende Gegensatz in der Beurteilung der Flensburger Vorgänge zwischen der „Roten Fahne“ und der „Hamburger Volkszeitung“, dem dortigen Organ der Kommunisten. Während die „Rote Fahne“ tobt, wagt die „Volkszeitung“ den sinnlosen und verbrecherischen Sturm auf die Kaserne nicht einmal zu verteidigen, so daß die Hamburger Kommunisten jetzt auch gar nicht daran denken, irgend eine Protestkundgebung zu veranstalten.

Das Verhalten der Berliner Kommunisten ist also lediglich der Ausfluß jener verderblichen kommunistischen Taktik, die ohne jede Rücksicht auf Wahrheit, alles zum Bruderkampf gegen die sozialistischen Parteien auszunutzen sucht.

Bewußter Landesverrat

Bayerns Angst vor der Wahrheit

Die Entlassungsnoten der Entente haben die bayerische Kontersolutionäre Presse ganz aus dem Häuschen gebracht. Sie beklagt sich vor allem über die Haltung der USF-Zeitungen zur Einwohnerfrage und behauptet, daß die USF der Regierung in dieser Frage wieder einmal in den Rücken gefallen sei. Das Sinnesorgan, die „Münchener Augsburger Abendzeitung“ schreibt in seiner Nr. 4 unter der Spitzmarke: Helfershelfer der Entente:

„Die ‚Freiheit‘ hat anlässlich der Ententennote, in der Entwarnung und Auflösung aller Selbstschutzhorganismen erneut gefordert wird, in einem Leitartikel Angaben über die Selbstschutzhorganismen gemacht, die von der Entente zweifelsohne als treffliches Material gegen die Reichsregierung verwendet werden. Selbst wenn die Angaben des Unabhängigen Blattes auf Wahrheit beruhen würden, wäre es wohl ein Fall, der in der Geschichte einzig dastünde, daß eine große Partei in ihrem offiziellen Parteiorgan dem Feinde das Material liefert, das er gegen die eigene Regierung ins Feld führen kann. Hier aber liegt der Fall noch erheblich schlimmer, da die Angaben der ‚Freiheit‘ zum größten Teil absolut unrichtig sind und das der Unabhängigen Sozialdemokratie sehr wohl bekannt ist. Die ‚Freiheit‘ scheint sich also nicht, mit gefälschtem Material die Feinde gegen die deutsche Regierung aufzuhaken.“

Und weiter heißt es dann: „Aus eigenlichen Motiven heraus, um ihre Ziele des gewaltsamen Umsturzes zu fördern, treibt also die USF — man kann es nicht anders nennen — bewußt Landesverrat“. Dieser Auslassung merkt man so stark an, daß sie von der Pressestelle der Orgesch im Münchener Ringhotel stammt, wie man es früheren Artikeln ähnlicher Art im gleichen Blatt angemerkt hat. Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß die „Münchener Augsburger Abendzeitung“ das Sprachrohr des Herrn Escherich ist. Herr Escherich hat ein sehr kurzes Gedächtnis, sonst würde er sich erinnern, daß er vor ganz kurzer Zeit dem Korrespondenten des „Manchester Guardian“ selbst die Pläne der Orgesch „denunziert“ hat. Wenn die Bekanntheit von Orgeschplänen „bewußter Landesverrat“ ist, dann ist Herr Escherich der Landesverrat, denn er erzählt dem Korrespondenten des „Manchester Guardian“, daß überall in Deutschland seine Organisationen bestehen, und daß er sich sogleich nach jeder beliebigen Gegend Deutschlands begeben würde, wo eine radikale Erhebung ihre Niedererschlagung erforderlich mache. Er sagte auch, daß er keine Abteilung der bayerischen Einwohnerwehr mit sich nehmen, sondern ganz einfach das Kommando über die lokalen Orgesch-Gruppen übernehmen würde, die ihre Waffen von der Reichswehr erhalten würden. In jedem Falle würde es

möglich sein, Waffen von Bayern nach anderen Gegenden Deutschlands zu verbringen. Deutlicher kann man die Orgesch und ihren Zusammenhang mit der Reichswehr nicht „denunzieren“, als es Herr Escherich hier getan hat.

Was aber den Vorwurf der „M. A.“ betrifft, daß das von uns veröffentlichte Material gefälscht sei, können wir zur Beruhigung des Münchener Sinnesblattes versichern, daß wir jedes Wort, das wir über die bayerischen Einwohnerwehren geschrieben haben, als wahr aufrecht erhalten. Die bayerische Presse hat allen Anlaß, sich recht stille zu verhalten, sonst würden wir uns genötigt sehen, noch einiges über die bayerischen „Selbstschutzhorganismen“ zu erzählen, das dann den bayerischen Reaktionskräften noch unangenehmer auf die Nerven fallen würde, als unsere bisherigen Veröffentlichungen.

Amerika und der Friedensvertrag

Paris, 7. Januar.

„Chicago Tribune“ veröffentlicht ein Kabeltelegramm aus Washington, das den Standpunkt der amerikanischen Regierung in der Frage einer eventuellen Besetzung des Ruhrgebiets wiedergibt. Die Meldung besagt, im Staatsdepartement hege man Verdacht, daß Frankreich das Ruhrgebiet zu besetzen und die Rheinprovinz zu behalten beabsichtige. Es werde erklärt, daß Amerika ein solches Vorgehen mit aufrichtiger Besorgnis aufnehmen werde. Die Behauptung von André Tardieu, die Nichtratifizierung des englisch-französisch-amerikanischen Schutzvertrages würde Frankreich ein Recht zur Besetzung weiterer deutschen Gebiete geben, habe Wilson überrascht, Amerika sei nach einer Erklärung des Staatsdepartements für eine Erzwingung der Durchführung des Vertrages, vorausgesetzt, daß die Ausführung der Bestimmungen möglich sei. Dagegen sei Amerika gegen Strafmaßnahmen, wenn es sich zeige, daß irgend eine Bestimmung des Friedensvertrages unausführbar sei. Amerikanische Sachverständige, auf deren Urteilsfähigkeit sich das Staatsdepartement verlasse, hätten Washington benachrichtigt, daß Deutschland außerstande sei, eine Anzahl Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen, mit deren Nichtdurchführung Frankreich vielleicht ein militärisches Vorgehen begründen würde.

Die Arbeitslosigkeit in England

Die Forderungen der Arbeiterpartei

London, 7. Januar.

Auf der heutigen Konferenz des parlamentarischen Komitees des Gewerkschaftskongresses und der Exekutiv der Arbeiterpartei wurde beschlossen, der Einladung der Regierung zur Teilnahme an einer weiteren Untersuchung in der Frage der Arbeitslosigkeit nicht Folge zu leisten. Die Ablehnung wird damit begründet, daß die vorgeschlagene Untersuchung ihrem ganzen Werte nach viel zu beschränkt sein wird und sich mit der Frage der Ursache der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht zu befassen gedenkt. Die ganze Frage der Arbeitslosigkeit und der beschränkten Arbeitszeit soll am nächsten Dienstag in allen ihren Punkten politisch sowohl wie industriell in einer Vollversammlung des parlamentarischen Komitees und der Arbeiterpartei besprochen werden. Inzwischen sind der Regierung bereits die Forderungen der Arbeiterpartei zugegangen. Nach ihnen sollen Regierung und Ortsbehörden von ihren Befugnissen ausgedehnten Gebrauch machen, um für die Arbeitslosen Arbeit unter zureichendsten Verhältnissen zu verschaffen. Sollte es den Arbeitssachverständigen nicht gelingen, für die Arbeitslosen passende Arbeit zu finden, so soll die Arbeitslosen-Unterstützung gewährt werden, die für Familienmitglieder mindestens 2 Pfund Sterling betragen soll, für männliche und weibliche ledige Personen jedoch 25 Schilling die Woche, sowie eine Zulage für abhängige Familienangehörige.

Die Bürgermeister von 28 Londoner Distrikten haben gemeinsam einen öffentlichen Aufruf erlassen, in dem sie Kohlen, Bettdecken, Kleider, Stiefel und Nahrungsmittel aller Art erbitten, um die erschreckende Not vieler Arbeitslosen zu lindern.

Der russische Rätekongreß

Die Reden der Opposition

DE. Helsingfors, 7. Januar.

Ueber die Reden der Vertreter der Oppositionsparteien, die zur Teilnahme am Rätekongreß als Gäste mit beratender Stimme geladen waren und über eine Redezeit von 15 Minuten verfügten, werden jetzt nähere Einzelheiten bekannt. Der Sozialdemokrat (Menjeweiz) Dan, dem die Rededauer auf sein Ersuchen vom Kongreß zweimal um je 10 Minuten verlängert wurde, trat gegen das System der stehenden Armee und gegen die Militarisierung des gesamten Lebens auf und setzte sich für die Schaffung einer Volksmiliz ein. Er kritisierte die auswärtige Politik der Sowjet-Regierung, der er u. a. Geheimdiplomatie und das Zusammengehen mit den türkischen Nationalisten gegen Armenien vorwarf. Er bemängelte, daß die Sowjet-Politik nicht ausschließlich auf den Frieden eingestellt sei, nahm auf Lenins Worte über bevorstehende Kriege Bezug und erklärte, daß Sowjet-Rußland nur Defensivkriege führen dürfe. Dan griff aus scharfster die innere Politik der Sowjet-Regierung an, die ihr den Haß der Bauernschaft zugezogen habe und ihr zum Verhängnis werden würde. Die Sowjet-Bestallung werde mißachtet, statt eines Rätekongresses habe man in Wirklichkeit die Alleinherrschaft der Kommissare und die Diktatur der kommunistischen Partei eingeführt. Dan gab zu, daß die Zulassung ausländischer Konzeptionäre unermesslich sei, erhob aber Einspruch dagegen, daß diese schwerwiegende Verordnung kurz vor dem Rätekongreß und ohne Befragung des Landes von dem Räte der Volkskommissare allein dekretiert worden sei. Er beklagte die Politik der kommunistischen Internationale, die zu einer Spaltung der Arbeiterschaft führe und wies auf die Uebergriffe in der Politik und Verwaltung von Seiten der allmächtigen außerordentlichen Kommission hin, die die Anwendung der Rote-Amnestie auf die Menschewisten vorbereitet habe. Der Vertreter der oppositionellen Gruppe, der Sozialrevolutionär Wolski, vertrat im wesentlichen denselben Standpunkt und führte aus, daß die Versuche, den Kollektivismus in der Bauernwirtschaft zwangswise einzuführen, nur die Bauern demselben verzeinde.

Reaktionärer Kurs in der Tschechoslowakei

Aus Prag wird uns geschrieben:

Die Regierung hat für das ganze Gebiet der Slowakei sowie Karpathenlands, ferner für die Gebiete der Landesgräber Prag und Brünn sowie die Kreisgerichte Budweis, Königgrätz, Chrudim, Jitschin, Jolau, Kuttenberg, Reichenberg, Leitmeritz, Jungbunzlau, Bräu, Olmütz und Ungarisch Hradisch, somit für die meisten Gebiete Böhmens und Mährens, die Aufhebung der Schwurgerichte verfügt. Als Grund gibt die Regierung die wünschenswerte Beschleunigung der Prozesse gegen die verhafteten Generalkriegsteilnehmer und Anführer an, die vor den Geschworenen allzu lange dauern würden. Im weiteren wird gesagt, daß die Schwurgerichte nicht die nötige Garantie für eine objektive Beurteilung der Angelegenheit böten, und zwar von beiden Seiten. Im großen ganzen gibt sich aber die Regierungsbegrün-

dung Mühe, die außerordentliche Maßnahme als Schutz der Verhafteten darzustellen, da die übergroße Mehrheit der Bevölkerung gegen die Urheber des Streikes aufgebracht sei, so daß die Urteile gegen sie ungerecht ausfallen würden. Die Erklärung verfällt dabei in einen Ton, der aber die ganze reaktionäre Tendenz der Maßnahme offen ausbeut. Es wird gesagt: „Die große Mehrheit der Bürger wird noch lange Zeit gegen jene erbittert sein, welche durch einen Bürgerkrieg den Staat, der sich nach und nach konsolidiert, zerrütten wollten, um auf seinen Trümmern die Angelegenheiten so einzurichten, wie sie von der ausländischen Führung der Bewegung den Auftrag erhielten.“ Es wird also offen von Regierungsseite erklärt, daß es sich bei dem Streik um den Versuch eines gewaltsamen Umsturzes, der durch ausländische Einflüsse hervorgerufen werden sollte, handle. Diese Feststellung bedeutet aber schon eine gewisse Festlegung der Regierungsauffassung, die gewiß bei der gerichtlichen Beurteilung, die nun vor einem hochgradigen Senat stattfinden soll, nicht ohne Bedeutung sein wird.

Die Zahl der Verhafteten ist bereits auf gegen 1400 gestiegen, die Meldung, daß auch die Auslieferung von linksstehenden Abgeordneten verlangt würde, bestätigt sich nicht.

Reichswirtschaftsrat und Finanzeland

Vor dem finanzpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats legte am Freitag der Finanzminister Wirth die Finanzlage des Reiches und die Deckungsabsichten des Reichsfinanzministeriums für das vorhandene Defizit dar. Aus dem sehr unzulänglichen offiziellen Bericht, nach dem der größte Teil der Ausführungen des Finanzministers für verzeuulich erklärt wurde, geht hervor, daß das Entgegenkommen der Regierung gegenüber den Forderungen der Eisenbahner in Abwesenheit des Finanzministers beschlossen worden ist. Angeblich erfordern die Zuschüsse eine Rechtsbelastung von etwa 6 Milliarden Mark, zu denen noch die Erlassansprüche der Gemeinden und Länder aus den automatisch sich ergebenden Zufahrforderungen ihrer Beamten treten werden.

Der Minister forderte, daß für die voraussetzlichen Bewilligungen die Deckung sichergestellt würde. Er selbst will Taxifermöhungen der Eisenbahn, der Postgebühren und verschiedene Steuern, die er allerdings noch nicht nennt, vorschlagen. Er betonte aber ausdrücklich, daß ein weiterer Ausbau der direkten Steuern unmöglich sei. Doch erklärte er nicht, ob und mit welchen Mitteln er die ungeheuer wichtige Aufgabe der sofortigen Einziehung der schon lange beschlossenen Besitzsteuern durchführen wolle.

In der Aussprache scheinen Angriffe wegen der Kosten der Erwerbslosenfürsorge und der Lebensmittelzufuhr eine große Rolle gespielt zu haben, wie ja überhaupt der Bericht über die Sitzung den Eindruck verstärkt, daß im Schoße dieser Körperschaft neue dunkle Pläne geschmiebelt werden, die eine Belastung der Massen bedeuten, und die deshalb die schärfste Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft und ihrer parlamentarischen Vertretung verlangen.

Die Mielsteuer

Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrats für Siedlungs- und Wohnungswesen beschäftigte sich mit dem von der Regierung erneut vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues. Der Berichterstatter Oberbürgermeister Dr. Luther trat für eine Abgabe von 15 Prozent des Mietwertes bei einer Erhebungsdauer von zehn Jahren ein, während der Regierungsentwurf nur 5 Prozent bei 20 Jahren festsetzt. Diese Sache wurden auch bei der Abstimmung gegen die Stimme von Dr. Luther beschlossen.

Waffensuche bei feinen Deuten

Die im Dezember des vorigen Jahres auf Grund des Entwarnungsgesetzes in Berlin begonnene Zwangsburchsuchung nach ablieferungspflichtigen Militärwaffen ist gestern vormittag fortgesetzt worden. Sie wurde von einem Kommando der Schutzpolizei zusammen mit Kriminalbeamten vorgenommen und erstreckte sich auf die zwischen folgenden Straßen liegenden Häuserblöcke: Brandenburgische Straße, Kurfürstendamm, Wielandstraße, Bayerische, Düsseldorf, Konstanzer und Duisburger Straße. Die Kontrolle vollzog sich unter größter Schonung der Bevölkerung ohne Zwischenfall. Der Straßenverkehr wurde nicht gestört. Der Reichsentwarnungskommissar, Staatssekretär Dr. Peters, war persönlich zugegen.

Die Waffensuche war im vornehmen bayerischen Viertel. Wenn von der Reichswehr die Arbeiterwohnungen abgesehen wurden, ging es etwas toller zu: Da gab es meist Tote und Verwundete, Kolbenschläge, Kasernehosidone. Und die Hausdurchsuchung bei dem Pazifisten Baalche endete sogar mit einem Mord. Wenn der Entwarnungskommissar Dr. Peters jetzt seine Manieren an den Tag legt, dann wollen wir hoffen, daß sie nicht nur für den Spezialgebrauch im bayerischen Viertel bestimmt sind.

Der Widerstand der Eisenbahner

Entscheidung des Hauptvorstandes am Sonntag

Der Widerstand der Eisenbahner gegen den unzulänglichen Einigungs-vorschlag wird allmählich rege. Die erste Nachricht kommt aus Oldenburg. Von dem Deutschen Eisenbahnerverband, Bezirksleitung Oldenburg, wird bekanntgegeben, daß die gestern durch die Zeitungen bekanntgewordenen Resultate, wonach zwischen der Regierung und den Eisenbahnern eine Einigung erzielt worden sei, in hiesigen Eisenbahnerkreisen mit Entrüstung aufgenommen worden seien.

Der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird am kommenden Sonntag über die geschaffene Lage Beschlus fassen. Es bestehe nach wie vor die Gefahr eines Streikes. Sie sei nicht beseitigt, sondern erst recht in ganz beträchtliche Nähe gerückt. Die Eisenbahner mühten an den einmal aufgestellten Forderungen als Mindestforderung festhalten.

Neue Verhandlungen

Berlin, 7. Januar.

Im Verlauf des Freitags haben im Reichsfinanzministerium Besprechungen über die Erhöhung der Teuerungszuschläge mit den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes und der Eisenbahner-Gesetzorganisation stattgefunden, an denen unter anderen außer dem Reichsfinanzministerium das Reichsverkehrsministerium und das Reichspostministerium beteiligt waren. Diese Besprechungen führten nach langen Verhandlungen zu einer Verständigung auf der Grundlage der im Reichsverkehrsministerium mit den Eisenbahnerorganisationen getroffenen Vereinbarungen bis auf einen Punkt, in welchem der Deutsche Beamtenbund glaubte, seine Bedenken nicht zurückstellen zu können. Es sind nunmehr die Grundlagen geschaffen für die Entscheidung des Reichsfinanzministers und des Reichskabinetts, nachdem zuvor Verhandlungen mit den Länderregierungen stattgefunden haben werden.

Eisenbahner! Die für Sonntag angelegte Demonstration findet nicht statt!

Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsverwaltung Berlin

Das deutsche Bauprogramm 1921 - 1924

Ein Vorschlag zur Beseitigung der Wohnungsnot

Die Fachgruppe Baugewerbe des Bundes der technischen Angestellten und Beamten hatte zum Donnerstagabend eine öffentliche Versammlung veranstaltet. Der Geschäftsführer des Bundes, Herr Kaufmann (Mitglied der Sozialisierungskommission), machte in einem mehrstündigen Vortrage positive Vorschläge zur Beseitigung der Wohnungsnot durch großzügige Aufnahme der Bautätigkeit, die von starkem öffentlichen Interesse sind.

Einleitend veranschaulichte der Vortragende an verschiedenen Beispielen das allgemeine Wohnungsproblem mit all seinen Begleiterscheinungen. Eine Million Familien seien nach einer Ausräumung des Wohlfahrtsministers Stegerwald ohne geeignete Behausung, jeder 15. Familie fehle das früher gewohnte Obdach. Diese große Not des Volkes sei nur zu beseitigen durch die Aufnahme der Bau- und Arbeitskräfte seien genügend vorhanden, sind doch gegenwärtig etwa 2000 Bautechniker und 60000 Bauarbeiter arbeitslos! Hauptursache des völligen Stillstandes der Bautätigkeit sind die ungeheuer gesteigerten Aufwendungen für die Baustoffe. Das System der sogenannten Baukostenzuschüsse, die bisher von Reich, Staat und Kommune gestellt worden sind, hat sich als verfehlt herausgestellt. Die Vorschläge, die bisher von Interessentenkreisen gemacht wurden, um den privaten Wohnungsbau zu beleben, haben sich ebenfalls als undurchführbar erwiesen.

Der Referent hat in Gemeinschaft mit anderen Fachleuten nunmehr einen Plan über das deutsche Bauprogramm von 1921 bis 1924 ausgearbeitet, der demnächst von dem Bund als Broschüre veröffentlicht werden soll. Der Plan umfasst folgende Hauptpunkte:

1. Wie groß ist das Wohnungsbedürfnis, also wieviel Wohnungen müssen gebaut werden.
2. Welcher Art und Größe sollen die neu zu errichtenden Wohnungen sein.
3. Von wo kann das dazu erforderliche Bauland hergenommen werden.
4. Wie und zu welchem Preise können die Baumaterialien, insbesondere die Ziegelsteine, beschafft werden.
5. Wie ist der Baubetrieb, d. h. die Ausführung der Arbeiten, in möglichst rationeller Weise zu organisieren.
6. Wie sind die Kosten des gesamten Bauwerks aufzubringen und zu bedenken.

Der Wohnungsbedarf bezieht sich durch den Ausfall der Bautätigkeit der letzten sieben Jahre auf 840 000 Wohnungen. Hierzu kommen noch 100 000 Wohnungen, die in den Baujahren 1921 bis 1924 normalerweise gebaut werden müßten, so daß innerhalb der nächsten vier Jahre 1 480 000 neue Wohnungen zu erbauen sind, das ergibt eine Jahresproduktion von 370 000 Wohnungen.

Bei der Bauweise muß vor allem an eine Hebung der Wohnungskultur gedacht werden. Um gesunde und hygienische Wohnungen zu schaffen, müssen wir von den Mietskasernen zu den Flachbauten übergehen. Wo an Gartenstadtbauten (in Großstädten) nicht gebaut werden kann, wird das Sechs- bis Achtfamilienhaus in Vorschlag gebracht.

Für die Größe der auszuführenden Wohnungen des Bauprogramms müssen in erster Linie die Wünsche und Vermögensverhältnisse der Wohnungsuchenden maßgebend sein. Die größte Nachfrage besteht nach Wohnungen mit 2 bis 3 Wohnräumen. Das Bauland muß nach dem Bauprogramm rationell behandelt werden. Auch soll durch die einheitliche Bauweise eine Verbilligung der Herstellungskosten erzielt werden.

Um zu einer weiteren Senkung der Baukosten zu kommen, ist es notwendig, daß die Baumaterialien billig hergestellt werden. An Hand vieler Beispiele zeigte der Vortragende, wie die Unternehmer während der letzten Jahre durch wahnwitzige Preiserhöhungen die Kosten der Baumaterialien künstlich hochschraubt haben. Dies trifft besonders auf die Eisen- und Zementindustrie zu. Hier gilt es, grundlegende Änderungen vorzunehmen. An Stelle der kapitalistischen Profitwirtschaft, die zum Zusammenbruch geführt hat, muß die Gemeinwirtschaft treten. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Durchführung des Bauprogramms ist die Sicherstellung der notwendigen Ziegelsteine. Nach den Berechnungen des Bauprogramms wird eine Jahresproduktion von rund 7 1/2 Milliarden Stück Ziegelsteine benötigt. Da die durchschnittliche Jahresleistung einer mittleren Ziegelfabrik rund 6 Millionen Ziegelsteine beträgt, würden demnach 1250 Ziegelfabriken in den Dienst des Aufbaues zu stellen sein. Nach den Berechnungen des Vortragenden dürften die für den Betrieb dieser Ziegelfabriken notwendigen Kohlenmengen (wie auch der Wagenbedarf), die ungefahr nur den zwanzigsten Teil der an die Entente zu liefernden Kohlenmengen betragen, leicht zu beschaffen sein.

Zur Sicherung der notwendigen Ziegelproduktion sind die erforderlichen Werke zu enteignen, um sie dem Endzweck des Bauprogramms nutzbar zu machen. Den jeweiligen Besitzern ist eine ausreichende Verzinsung ihres Anlagekapitals zu gewähren. Der Vortragende betonte, daß eine Vollsozialisierung des gesamten Baugewerbes dieser Teilsozialisierung vorzuziehen sei, doch habe er aus realpolitischen Erwägungen in seinem Vorschlag davon Abstand nehmen müssen.

Diese Bautätigkeit nach gemeinwirtschaftlichen Grundätzen sei die beste produktive Erwerbslofenfürsorge; es werden hunderttausende von Arbeitslosen allein im Baubetrieb Arbeit finden, für die Baustoffherstellung kommt etwa die gleiche Anzahl in Frage. Aber nicht nur die Baustoffindustrie wird aufnahmefähig für Arbeitskräfte gemacht, sondern auch alle anderen Industrien; die erhöhte Erwerbstätigkeit im Bauwesen hebt die Konsumkraft weiter Volksschichten und dadurch den Abnehmerkreis anderer Industriezweige.

Zum Schluß seines Vortrages ging der Redner auf die Finanzierung des Bauprogramms ein. Es müsse dabei der Grundgedanke gelten: Bauen mit dem geringsten Bedarf an Bargeld. Zur Beschaffung der Mittel empfiehlt der Redner eine Reichsbauanleihe als Zwangsanleihe. Auch der von Dr. Ostler stillgelegte Vorschlag wäre in Erwägung zu ziehen. Stillgelegt gehe davon aus, daß wir heute 75 Milliarden Reichsmark Papiergeld haben. Davon können 35 Milliarden abgetempelt an die Einzelverleiher zurückgegeben werden und 40 Milliarden würden sie in Form niedrig verzinslicher Reichsschuldenscheine erhalten.

Der Redner zeigt dann noch die Organisation der Bauleitung: Das Reich bzw. die Allgemeinheit ist Bauherr und Ausführer zugleich; die Allgemeinheit wird Geldgeber, Unternehmer und Eigentümer der neuen Häuser. Das führende Organ der Reichsbauwirtschaft ist eine Reichsbauleitung, die nach den bewährten und lauffähigsten Grundätzen einer modernen Großbetriebsleitung zu arbeiten hat und mit den erforderlichen Machtbefugnissen und weitgehender Handlungsfreiheit ausgestattet sein muß. In ihr sollen alle zur schlüsselfertigen Herstellung der Häuser notwendigen Handgebiete des Baugewerbes durch erstklassige, ehrlich auf dem Boden der Gemeinwirtschaft stehenden Fachleute vertreten sein. Bezirksweise und für Kommunen werden die Leitungen nach den gleichen Grundätzen zusammengestellt.

Der Redner schloß mit einem Appell an die anwesenden Bautechniker und Architekten, mit ganzer Kraft sich für die Durchführung dieses Programms einzusetzen zum Wohle der Allgemeinheit. In der Diskussion traten Gegner und Anhänger des Plans von Kaufmann auf, darunter auch einige Interessenten, die sich insbesondere gegen den Vorschlag auf Sozialisierung der Baustoffe und der Bautätigkeit aussprachen.

Die Förderer der Reaktion

Die Kommunisten als Gefährder der Selbstverwaltung

Daß die Vorgänge in der letzten Stadtverordnetenversammlung von der Reaktion nach Kräften ausgenutzt werden würden, und nicht nur gegen ihre Urheber, die Kommunisten, sondern gegen die gesamte Arbeiterbewegung, war von vornherein klar. Wer aber noch irgend einen Zweifel gehabt hat, dem wird er wohl bei der Lektüre der Leitartikel der gestrigen Abendblätter vergangen sein. „Kreuzzeitung“, „Deutsche Tageszeitung“ und „Tägliche Rundschau“ widmen diesen Vorfällen spaltenlange Artikel, in denen die hämischste Freude über die Dienste, die die Kommunisten der Reaktion leisten, zum Ausdruck gelangt.

Am offensten äußert die „Tägliche Rundschau“ ihre Freude. Sie schreibt in einem „Die Komödie im Rathaus“ überschriebenen Artikel:

„Wer die gestrigen Verhandlungen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung miterlebt oder sie nur im dürftigen Auszuge heute früh in den Zeitungen gelesen hat, der wird nur wünschen wollen, daß sich diese Affäre noch recht oft wiederholt, damit vor den Preußenwahlen der Wählerchaft an diesen lebenden Beispielen so recht klar vor Augen geführt werden kann, wohin es führt, wenn sich die Wählerchaft, wie es seinerzeit in Groß-Berlin der Fall gewesen, nicht genügend an den politischen Wahlen beteiligt und der Straße und dem Pöbel die Herrschaft überläßt.“

Und zu der Ankündigung eines neuen Elektrizitätsarbeiterstreiks in Berlin schreibt sie:

„Wir können dieser Entwicklung von unserem Standpunkte aus mit der größten Ruhe entgegengehen, denn sowohl Stadtverordnetenversammlung wie Stadtratsregierung haben sich durch die Zulassung der Verhältnisse und durch die Art ihrer ganzen „Regiererei“ bereits jetzt als so vollständig unfähig erwiesen wie wir es von dieser Sorte von Regierungsherrn nicht anders erwarten konnten. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung und der Berliner Magistrat haben die Entwicklung so weit getrieben, daß das Eingreifen der Regierung in absehbarer Zeit notwendig werden wird. Sollte es zu einem neuen Elektrizitätsarbeiterstreik kommen, was übrigens bei der Nachgiebigkeit des roten Magistrats zunächst nicht zu erwarten ist, so ist das sofortige Einschreiten der Reichsregierung auf Grund der bekannten Verordnung des Reichspräsidenten ohnehin anzunehmen, da die Regierung sich jetzt kaum noch, wie das letzte Mal, auf Verhandlungen mit dem Magistrat einlassen dürfte. Groß-Berlin hat gezeigt, daß seine Selbstverwaltung in dieser Form nicht aufrecht erhalten werden kann.“

So fördern die Kommunisten das Treiben der Reaktion, die nur auf den Augenblick lauert, wo sie die Gefahr, die ihr aus einem sozialistisch verwalteten Berlin droht, mit staatlichen Nachmitteln bannen kann. Deshalb ist es jetzt endlich Zeit zur entschlossenen Gegenwehr gegen diese kommunistische Radaupolitik, die von der großen Masse der Berliner Arbeiter schon längst als der Sache des Sozialismus und der Arbeiterbewegung unwürdig und schädlich empfunden wird.

Baulsen Oberstadtschulrat

Am Donnerstagsabend wurde im Ver-Ausschuß der von unserer Fraktion vorgeschlagene Leiter und Vorsitzende der acht Hamburger Gemeinschaftsschulen, Wilhelm Baulsen, als Kandidat für den Posten des Oberstadtschulrats mit 15 sozialistischen Stimmen gewählt. Der Kandidat der bürgerlichen Reaktion, Keimann, erhielt 8 Stimmen, während die beiden Demokraten sich der Stimme enthielten.

Wilhelm Baulsen steht im 46. Lebensjahre. Er ist als Lehrer im Pädagogischen Institut in Hamburg, einer Anstalt für sittlich-gefährdete Jugend, von 1897-1901, von 1901 ab ständig als Lehrer an den städtischen Schulen Hamburgs tätig gewesen. Er ist seit diesen Jahren fast ununterbrochen Vorstandsmitglied des Hamburger Lehrervereins. In den Jahren 1911-1918 war er Schriftleiter der „Pädagogischen Reform“, einer der angesehensten Lehrerzeitungen. Seit 15 Jahren ist er Mitglied der Hamburger Schulynode, einer Körperschaft, die den Hamburger Gemeindeförperschaften als pädagogischer Beirat beigegeben ist. Baulsen ist seit 1898 in der sozialdemokratischen Partei organisiert und seit 1910 aus der Landesliste ausgetreten. Er ist ein überzeugter Anhänger der weltlichen Schule, für die er aus pädagogischen und politischen Gründen in Schriften, Vorträgen und Reden mutig eingetreten ist. In zahlreichen Aufsätzen und Schriften ist er wegweisend in den Fragen der sozialen Pädagogik gewesen. Mehrfach hat er auf den Tagungen des Allgemeinen Deutschen Lehrervereins gegen die Opposition reaktionärer Kreise grundlegende revolutionäre pädagogische Referate gehalten. Das hervorragende Werk, das zugleich sein pädagogisches und organisatorisches Talent zeigt, sind die Gemeinschaftsschulen in Hamburg, die eine wirkliche Schulrevolution bedeuten. In diesen Schulen ist die Arbeits- und Einheitschule im Begriff, Wirklichkeit zu werden. Das Klassensystem ist aufgehoben, zu je drei Jahrgängen werden die Kinder in Lebensgemeinschaften unter Führung von Lehrern und harmonischer Mitwirkung von zahlreichen, meist proletarischen Eltern, zusammengetan und in Arbeitsgemeinschaften gruppenweise nach Befähigung und Neigung in engstem Zusammenhang mit körperlichem Schaffen ausgebildet. Diese Schulen sind eine einzig dastehende Pionierarbeit für unsere sozialistische Schul- und Erziehungsmethoden.

In einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ wird Baulsen als einer der tüchtigsten Lehrer und vorzüglichsten Organisatoren auf dem Schulgebiet bezeichnet, namentlich auch deswegen, weil er in Schulorganisationsfragen eigene Gedanken und eigene Pläne hat, die sich in der Richtung der Einheitschule bewegen. Trotzdem hält es das Blatt für angebracht, die aus einer sehr üblen Quelle stammenden Angriffe gegen ihn zu erwähnen.

Eine überflüssige Einrichtung

Die reaktionäre Presse fährt fort, die preussischen Minister der Schieberei zu bezichtigen und die Beschaffung von Kakao für Beamte des preussischen Ministeriums des Innern als etwas Unersetzliches hinzustellen. Die B. V. R. weisen deshalb darauf hin, daß die Einrichtung der Beschaffung von Lebensmitteln für Beamte nicht eine Errungenschaft der Republik ist, sondern aus der Kriegszeit stammt. Sowohl der frühere Minister des Innern v. Loebell als auch der Finanzminister Hergt (der jetzige Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei) hätten stets die Behörden angewiesen, die auf gemeinsamen Bezug sogenannter freien Lebensmittel gerichteten Bestrebungen der Beamten nach Kräften zu fördern und den Beamten-Bezugsvereinigungen jede mögliche Unterstützung angedeihen zu lassen. Hergt habe sogar gleichzeitig genehmigt, den Vereinigungen im Bedarfsfalle zur Stärkung ihrer Betriebsmittel rückzahlbare Barvorschüsse in Höhe von einigen tausend Mark zu gewähren.

Das ist richtig. Trotzdem halten wir es für einen schweren Fehler, daß mit dieser jetzt überflüssigen Einrichtung nicht schon längst gebrochen ist. Die meisten Lebensmittel sind im freien Handel erhältlich. Sie können deshalb von jedem einzelnen Beamten bezogen werden. Wollen aber die Beamten den gemeinsamen Bezug von Waren, um den Zwischenhandel auszuschließen, was wir durchaus billigen, so mögen sie sich den bestehenden Konsumvereinen anschließen und dort die Vorteile der Ausschaltung des Zwischenhandels genießen. Die behördliche Unterstützung aller dieser Maßnahmen aber ist gegenwärtig völlig überflüssig geworden.

Agrarier mit Dreschflegeln

Die agrarische Bevölkerung leistet der Zwangsverfassung für Getreide überall tätigen Widerstand. Ueber einen neuen solchen Fall wird jetzt folgendes berichtet:

„Im Dorfe Hirschfeld bei Liebenwerda verjagte eine aus 500 Personen bestehende Volkswache, die mit Dreschflegeln, Beilen und Jagdgewehren bewaffnet war, die Beamten der Sicherheitspolizei und der Reichsgetreidebestelle, welche mit der Beiräubung von Roggetreide beauftragt waren. Der Gemeindevorsteher als Räubelführer wurde sofort von seinem Amte entfernt; gegen alle Beteiligten wurde ein Verfahren wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt eingeleitet. Die Zwangsbeitreibung des Getreides wird jetzt in dem Orte, das darin noch stark im Verzuge war, in den nächsten Tagen rückständig durchgeführt.“

Wir zweifeln sehr daran, daß diese Androhung mit dem Eingreifen der Staatsanwaltschaft für die wütenden Agrarier irgend welche praktische Konsequenzen nach sich ziehen wird. Bis her hat jedenfalls die Staatsgewalt solchen Verbrechen an der Volksgemeinschaft gegenüber eine auffallende Schonung an den Tag gelegt.

Freigabe beschlagnahmten Vermögens

Am 31. Dezember 1920 ist in London ein Abkommen zur Regelung der Fragen, die sich aus den Bestimmungen des Friedensvertrages über die Liquidation von Privateigentum ergeben, unterzeichnet worden. Danach werden auf den Antrag des für die Regelung der privaten Güter, Rechte und Interessen in London einzurichtenden deutschen Bureaus seitens der britischen Regierung Hausrat, persönliche Gebrauchsgegenstände, Familienandenken und Handwerkszeug deutscher Staatsangehöriger, mit Ausnahme von Gegenständen von besonderem Wert bis zum Betrage von 500 Pf. freigegeben, sofern die zuständige deutsche Behörde bescheinigt, daß das Einkommen des Antragstellers den Betrag von 400 Pf. nach dem jeweiligen Wechselkurs nicht übersteigt. Der Wert des Eigentums soll, sofern nichts anderes vereinbart wird, von einem amtlichen Schätzer festgestellt werden. Freigabeanträge müssen innerhalb von sechs Monaten nach der Ratifikation des Abkommens gestellt werden.

Eine weitere Bestimmung besagt, daß deutsche Staatsangehörige grundsätzlich auf Antrag zum Mitsitzen bei der Versteigerung ihres Eigentums zugelassen werden sollen. Das freigelegene Eigentum wird dem Eigentümer oder dem deutschen Bureau zur Verfügung gestellt, sobald alle von den britischen Behörden veranschlagten Kosten und sonstigen Lasten, die auf dem Eigentum beruhen, bezahlt sind, auch wenn diese Schulden an sich in das Ausgleichsverfahren gehörten. Das Abkommen, das mit seiner Ratifikation in Kraft tritt, wird den beschlagenden Körperschaften zur Genehmigung vorgelegt werden.

Die Zahl der Erwerbslosen

Die Zahl der Erwerbslosen ist in der Zeit vom 1. bis zum 15. Dezember 1920 erneut und zwar nicht unerheblich gestiegen. Es betrug am 15. Dezember die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Reich 345 307 gegen 350 398 am 1. Dezember, die Zahl der mitunterstützten Familienangehörigen 330 284 gegen 332 252. Ist auch bei diesen Ziffern der Einfluß der Jahreszeit nicht zu verkennen, so würden doch in erster Linie, nach Mittelungen aus dem Reichsarbeitsministerium, der verschärfte Kohlenmangel und die noch immer bestehenden Abhängigkeitsverhältnisse für die Zunahme der Erwerbslosigkeit veranwortlich zu machen sein. Wenn man dazu berücksichtigt, daß während des Jahres 1920 über 2000 Anträge auf Förderung aus Mitteln der produktiven Erwerbslofenfürsorge endgültig genehmigt worden sind, wodurch rund 85 000 Erwerbslose Beschäftigung gefunden haben, so kann man sich ein ungefähres Bild davon machen, wie es in Deutschland ausfallen würde, wenn nicht ständig Reich, Länder und Gemeinden mit ungeheuren Opfern zur Behebung der Erwerbslosigkeit eintriffen.

Eine neue Verzinsung? Wie der „Dona“ aus dem Reichsministerium des Innern mitgeteilt wird, bereitet dieses Ministerium einen Gesetzentwurf vor, der die Befämpfung des Schmutzes in Wort und Bild zum Ziele hat.

Die Brüsseler Konferenz. Nach den letzten Mitteilungen findet die Wiederaufnahme der Brüsseler Konferenz am 15. Januar statt.

Draconische Strafen. Das französische Kriegsgericht in Mainz verurteilte den Kommunisten Schilling aus Höchst wegen Aufreizung französischer Soldaten zur Revolte, begangen durch Verbreitung einer bolschewistischen Flugchrift, zu drei Jahren Gefängnis und zu einer erheblichen Geldstrafe. Der Kommunist Glack aus Worms wurde wegen Einfuhr verbotener Schriften ins besetzte Gebiet zu einem Monat Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Wegen derselben Straftat erhielt der Kommunist Stichelberg aus Mainz unter Bewilligung mildernder Umstände 500 M. Geldstrafe.

Groß-Berlin

Die studentischen Spigel

Am Mittwoch fand in der Berliner Universität eine Senats-Verhandlung statt, die recht interessante Aufschlüsse über den Spigelbetrieb der Universität gab. Kläger waren die Studenten Leo und Silvio Condi, Beklagter der Vorsitzende der kommunistischen Studentengruppe M., der im Sommer des vergangenen Semesters die Studenten Condi als Spigelpöbel bezeichnet hatte und von diesen nun wegen Beleidigung verklagt wurde. Der Beklagte trat in Gemeinschaft mit seinem Verteidiger den Wahrheitsbeweis an, der vollständig gelang. Die Gebrüder Condi gaben zu, non der Gardapalast-Schülerdivision der Arbeitsstelle Berliner Studenten als militärische Spione zugewiesen worden zu sein. Sie hatten sich als revolutionäre Matrosen verkleidet und sich u. a. in den „Roten Soldatenbund“ eingeschlichen. Kooße habe von ihrer Tätigkeit gewußt. Als die Frage nach den Geldgebern erörtert werden sollte, ließ der Rektor diese Frage nicht zu.

Der Student M. wurde trotz des für ihn günstigen Wahrheitsbeweises mit einem Verweis und der Drohung auf Entfernung von der Universität perurteilt. In der Begründung heißt es, daß Spigelpöbel im Sinne des Gesetzes nicht vorgelesen habe. Ob aber Spigelpöbel oder nicht, besteht bleibt die Tatsache der Spigellei und von dieser ist bis zum Spigelpöbel nur ein kleiner Schritt. Daß es gerade Kooße war, der dieser Spigelgesellschaft an der Universität seine Unterstützung gab, belastet zugleich das Schuldenlohe der rechtssozialistischen Partei. Denn gerade damit wurde dem reaktionären Sumpf an der Universität der größte Vorstoß geleistet.

Erhoffener Einbrecher. In dem Restaurant Lindenhof am Bahnhof Schulinend waren Einbrecher eingedrungen und hatten neben der Kasse alle beweglichen Geräte aus dem Schranke herausgeschafft. Bevor sie jedoch ihre Beute weggeschafften, stellten sie diese auf der nicht benutzten Regalbank des Gastwirts unter. Dort wurden sie aber von diesem entdeckt, und um die Einbrecher zu fassen, legte sich ein Kriminalbeamter in der Nähe der Regalbank auf die Lauer. Gegen 5 Uhr nachmittags erschienen dann auch drei Männer, von denen wegen der herrschenden Dunkelheit nur die Umrisse zu sehen waren. Bläulich flammte eine elektrische Taschenlampe auf und der Lichtkegel fiel gerade auf den Beamten, der durch eine Luke sah. Als sich dieser nun entdeckte, rief er die Männer an: „Hier Kriminalpolizei, stehen bleiben oder ich schieße.“ Die Folge war, daß die Lampe erlosch und die Männer davonliefen. Der Beamte forderte die Flüchtenden, die in der Richtung nach dem nahen Walde davonliefen, auf, stehen zu bleiben, doch kamen diese keiner Aufforderung nicht nach. Nun gab er aus seiner Dienstpistole mehrere Schüsse ab, doch auch daran kümmerten sich die Flüchtenden nicht. Als der Beamte mit dem Wirt dann die Gegend der Schuhrichtung absuchten, fanden sie einen jungen Mann tot daliegen. Er hatte einen Brustschuß erlitten. Aus bei ihm vorgefundenen Papieren wurde er festgestellt als ein 21 Jahre alter Schlosser Otto Schulz aus der Chausseestraße.

3 Personen schwer verletzt. Gestern nachmittag ereignete sich in der Pulverfabrik in der Jungfernheide, die gegenüber der Luftschiffhalle am Spandauer Weg liegt, ein schweres Explosionsunglück. Es wird dort auf einem freien Platz ständig die Entladung von Munitionsmaterial vorgenommen. Nach der Aussage der Arbeiter ist das Unglück dadurch entstanden, daß noch nicht entladene Munitionskörper auf Teile schon entladener, aber noch glimmender Munition gehäuft wurden. Fünf Arbeiter, darunter vier ältere und ein jüngerer, wurden äußerst schwer verletzt. Das Rettungsteam der Stadt Berlin entlief drei Wagen an die Unfallstelle und brachte die Verwundeten nach dem Birchow-Krankenhaus.

Ein neuer großer Bankbetrug. Nach Erbschwindelung von 400 000 Mark läßt sich der 27 Jahre alte Bankangestellte Adolf Schimmel. Ein Hamburger Bankhaus erhielt von einer hiesigen Großbank die Mitteilung, daß auf dem 4. d. M. bei ihr eingelaufenen Brief ein auftragsgemäß die Auszahlung von 400 000 Mark erfolgt sei. Das Hamburger Bankhaus aber wachte gar nichts von einem solchen Auftrag, erfuhr aber, daß wenige Stunden nach Eingang des Briefes ein Mann erschienen war, der auf zwei Scheine sich 400 000 Mark hatte auszahlen lassen. Der Brief und die Quittungen waren gefälscht und als der Abheber wurde Adolf Schimmel erkannt. Schimmel hatte den Auftrag zur

Auszahlung des Geldes von Hamburg selbst an das Berliner Bankhaus gefandt, sich zwei Formulare des Bankbuches angeeignet und während der Feiertage die Fahrt nach Berlin gemacht. Hier erhob er den Betrag. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt und eine entsprechende für Wiederbeschaffung des Geldes. Der Flüchtling ist 1,88 Meter groß und schlant, hat dunkles, nach hinten gekämmtes Haar, ein barockes Gesicht und eine ziemlich harte Nase. Ein besonderes Kennzeichen ist eine Narbe auf dem linken Wadenknochen.

Der Besuch der Tribüne der Stadtverordnetenversammlung ist nach einer Mitteilung des Magistrats künftig nur solchen Besuchern gestattet, die sich im Besitze einer Tribünenkarte befinden. Den Fraktionen wird künftig eine entsprechende Anzahl dieser Karten regelmäßig allmählich einmal zu den Sitzungen zugehen. Es ist geboten, etwa nicht verwendete Karten rechtzeitig zurückzugeben. Die Rathausförstner sind angehalten, von 3 Uhr nachmittags ab, nur solchen Personen den Zutritt zum Rathaus zu gewähren, die sich als Stadtverordnete ausweisen oder sich im Besitze einer Tribünenkarte befinden. — Ueber den Verlauf der letzten Sitzung wird außerdem festgestellt, daß der Saal von den Stadtverordneten nicht verlassen worden ist, weil Stinshomben geworfen wurden, vielmehr geschah es, weil die Sitzung vom Stadtverordnetenvorsteher unterbrochen und das Licht ausgeschaltet wurde.

Milchbelieferung. Für den 8. bis 10. Januar einschließlich tritt folgende Belieferung in Kraft: A-B-Geschäfte Belieferungsliste V, d. h. A-Karten erhalten 1 Liter Vollmilch, A II-Karten erhalten 1/2 Liter Vollmilch, B-Karten erhalten 1/2 Liter Vollmilch, C-Geschäfte Belieferungsliste III, d. h. C-Karten erhalten 1/2 Liter Vollmilch, C II-Karten erhalten 1/4 Liter Vollmilch. Am 8. Januar 1921 werden die Krankenkarten voll beliefert, am 9. Januar fällt die Belieferung der 1/2 Liter-Krankenkarten mit Vollmilch aus, die 1/4 Liter-Karten werden voll beliefert, am 10. Januar werden die 1/2 Liter-Krankenkarten voll beliefert, die 1/4 Liter-Krankenkarten werden auf 1/4 Liter gekürzt. Die angegebene Belieferung bezieht sich nicht auf die seit dem 1. Oktober zu Berlin neu hinzugekommenen Gemeinden.

Der überführige Jüder des Magistrats. Die von der Vichener Kriminalpolizei aufgebaute große Jüderziehung zieht immer weitere Kreise. Bisher sind von Kriminalkommissar Dr. Göh nicht weniger als zwölf Beteiligte festgenommen worden. Der Hauptstieber war ein gewisser Bernak. Von den ungetreuen Eisenbahnangestellten, die bei der Verschlebung des Waggons ihre Hand im Spiel haben mußten, konnte bisher der Eisenbahnschaffner Fabian ermittelt werden. Er gibt an, daß er noch einen „Bordermann“ gehabt habe, der der Urheber des Diebstahls sei. Diesen will er jedoch nicht kennen. Der Jüder war, wie berichtet, als überführiger Jüder des Berliner Magistrats gehandelt worden. Wahrscheinlich kommt er jetzt tatsächlich dem Magistrat zugute, da die Kriminalpolizei ihn an die nächste Jüderverteilungsstelle abliefern wird.

Elternbeiträge. Sonntag, den 9. Januar, vormittags 10 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Breitenstraße 8-9, Hof parterre, Sitzung der Obleute der Bezirks-Elternbeiträge; auch die Orte, die jetzt Groß-Berlin angeschlossen sind, müssen vertreten sein. Parteimitgliedsbuch legitimiert. Verbands-Bildungskommission.

Auf 40 Jahre rege Parteitätigkeit kann der Genosse Hermann Gries, der gestern seinen 60. Geburtstag beging, zurückblicken. Von Beruf Dreher, ist er einer von jenen alten Kämpfern, die unterm Sozialistengesetz im 4. Kreis in den vordersten Reihen kämpften, der wegen seiner Tätigkeit auch mit dem Gefängnis Bekanntheit machen mußte. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes war er Mitbegründer des Wahlvereins des 4. Kreises. Während des Krieges kämpfte er überall die Kriegssozialisten, schloß bei keiner Aktion und als der 9. November die Wogenröde einer neuen Freiheit ahnen ließ, war Genosse Gries Tag und Nacht unterwegs. Neben seiner aufopfernden Parteitätigkeit wirkte Genosse Gries unermüdet am Aufbau seiner Gewerkschaft. Er zog sich dadurch den Haß der Berliner Reichsindustriellen zu, so daß es ihm 1904 nicht mehr möglich war, Arbeit in seinem Beruf zu bekommen. Er ging dann zur Allgemeinen Christenankasse, wo er sich innerhalb kurzer Zeit das Vertrauen der Kollegen erwarb, die ihn in führende Funktionen wählten. Bei der jetzigen Spaltung der Partei war Genosse Gries einer der ersten, der das Banner der U. S. P. in unserem Orte wieder aufrichtete. Die Stralauer Genossen hoffen, daß er der Partei noch recht lange in geistiger Frische und Regsamkeit erhalten bleibt.

Verwaltungsbezirk 3 Wedding. Sonnabend, 7 Uhr, Schule Pantstraße, Fraktions-sitzung.

Verwaltungsbezirk 19. Anmeldungen zur Jugendweihe aus allen Orten des Verwaltungsbezirks 19, sind bis spätestens 1. Februar an den Genossen Wolska, Pantow, Görchstr. 30, zu richten.

Gewerkschaftliches

Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte und Betriebsobleute!

Vom 17. Januar ab werden die einzelnen Industriegruppen an je einem Abend zu den grundlegenden Vollversammlungen von der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale einberufen werden. Genaue Angaben über Versammlungslokale und dergl. werden rechtzeitig in der Tagespresse erscheinen. In diesen Versammlungen sind die Gruppenräte, sowie die Delegierten zur Generalversammlung zu wählen.

Wir machen heute schon darauf aufmerksam, daß der Zutritt zu diesen Vollversammlungen nur zulässig ist mit den jetzt einzig geltenden neuen Ausweisarten, auf denen das Zeichen A. D. G. B. und Afa gedruckt steht. Für die Angestelltenräte behalten die alten Ausweisarten der Afa ihre Gültigkeit. Arbeiterräte, die noch nicht im Besitze der neuen Ausweisarten sind, werden hiermit aufgefordert, in ihrem eigenen Interesse sich unterzüglich an ihre Gewerkschaft, bei der sie organisiert sind, zu wenden und von ihr die Ausstellung einer Ausweisart für diejenige Industrie-gruppe zu verlangen, in welcher sie tätig sind.

Diese technischen Vorarbeiten sind leider zum Aufbau notwendig, doch hoffentlich nun für Groß-Berlin zum letzten Mal. Es gilt viel Versäumtes nachzuholen, darum auf zur tätigen Mitarbeit.

Betriebsräte und Vertrauensleute der Musikinstrumentenbranche des Deutschen Holzarbeiterverbandes

Am Dienstag, den 11. Januar, abends 7 Uhr findet im Arbeitslokal, Kungestraße 30, eine äußerst wichtige Funktionärsversammlung der Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter statt. Mitgliedsbuch der Partei und Gewerkschaften legitimieren. Gäste können eingeführt werden.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. — Die Geschäftsleitung J. A. Fritz Schneider.

„Berrat“ der Arbeiterinteressen bei den Tarifverhandlungen der Gemeindearbeiter

In Nummer 6 der „Roten Fahne“ wird im Anschluß an den Bericht über die Tarifverhandlungen der Gemeindearbeiter das Verhalten der freigewerkschaftlichen Organisationen einer scharfen Kritik unterzogen. Was wir erwarteten, nämlich, daß die prinzipielle Haltung der im Lokalfarell vereinigten Organisationen als „Berrat“ an den Arbeiterinteressen von gewissen Kreisen bezeichnet werden würde, ist eingetroffen und die „Rote Fahne“ hat sich leider zum Sprachrohr der Gegner der freien Gewerkschaften hergegeben. Wir sind überrascht durch das Verhalten der „Roten Fahne“, daß die freien Gewerkschaften Hand in Hand mit allen möglichen Organisationen oder Organisationsformen Tarifverhandlungen zu führen hätten. Diese Auffassung läßt stark die Konvention vermissen, die doch sonst nach ihrer eigenen Auffassung die harte Seite der „Roten Fahne“ ist. Die Zumutung, mit Deutschen nationalen oder mit Organisationszersplitterern, wie es der Verband der Kopf- und Handarbeiter ist, zusammen in Eintracht zu verhandeln, muß die „reaktionäre Gewerkschaftsbureaukratie“ ablehnen, vor allem deswegen, weil gerade aus dem Kreise ihrer Mitglieder das strikte Verlangen gestellt wurde, nur im Rahmen der freigewerkschaftlichen Verbände zu handeln. Deswegen ist auch die Aufforderung der „Roten Fahne“ an die Mitglieder der freien Gewerkschaften zum Protest gegen die Handlungsweise der Gewerkschaftsbureaukratie deplaziert. Bemerk sei, daß der Beschluß der Tarifdeputation des Magistrats, nur mit den freigewerkschaftlichen Organisationen die von diesen eingereichten Anträge zu verhandeln, mit Zustimmung der politischen Freunde der „Roten Fahne“ gefaßt wurde.

Der Vorwurf, der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband trage Schuld am Wetterdehnen des H. u. K. B., ist ebenso aus der Luft gegriffen. Der H. u. K. B., als Mitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, ist gebunden an die Beschlüsse des Bundes. Er ist weiter gebunden an die Beschlüsse des ersten Betriebsrätekongresses. Bei einer Rückfrage über Verhandlungsmöglichkeiten hat der Vertreter des Verbandes der H. u. K. diese Beschlüsse nicht anerkannt. Wir schließen uns dem Wunsche der „Roten Fahne“ auf Anschluß des Verbandes d. H. u. K. an eine

Ismer

Erzählung von Julius Levin

(18. Fortsetzung.)

Daß der Frihe gefallen war, wußte sie doch gewißlich. Das hatte doch der „Rize“ auf den Postfächern vermerkt, die sie aus dem Felde zurückbekam. Und auf die Karten an ihn, Ismer, erhielt sie doch auch keine Antwort. Emilie mußte sich sehr verlassen fühlen. Das war ihr natürlich sehr gesund. Aber, ob es nicht dazu führen konnte, daß sie ihrer beiden Anbenden in Gesellschaft eines Dritten vernachlässigte, das war schließlich auch zu überlegen. Emilie war nicht die Person, die lange Einsamkeit vertrug. Die Gefahr, sie könnte gänzlich auf die Schildderbahn kommen, wie der lange Emil zu sagen pflegte, lag allzu nahe. Ismer mußte sich geföhben, daß, wenn es geschah, ihm selbst daran eine gewisse Schuld zugewälzt werden dürfte. Und das Wort Schuld erfüllte ihn mit begrifflichem Schrecken. Daß der Frihe welche auf sich geladen hatte, war ihm zum Tode gediehen. Seine eigene hatte ihm, Ismer, eine schwere Verwundung eingetragen. Und, wenn jetzt alles so ziemlich gebüßt erschien, wenn alles etwa ausgeglichen war, mußte es nicht als der übelste Leicht-sinn erscheinen, aufs neue loszulüßigen und eine neue, wahrscheinlich schwerere Sühne auf sich herabzuliechen?

Rein, das war zu riskant!
Man mußte etwas tun.

Das Geheißteste, Erspriechlichste war noch, gesund zu werden.

Wenn es besser ging, war eine Möglichkeit vorhanden, Emilie zu besuchen.

Heimatarlaub mußte man ihm geben. Und war er nur erst einmal zu Hause, konnte er nur erst einmal mit Emilie reden, dann war viel gewonnen. . . . Viel? Alles war gewonnen. Es brauchte bloß eines kurzen, guten Augenblicks, daß sie sich einander näherten, und dieser Augenblick mußte sich einstellen, wenn man nur erst einmal beifammen war.

Die Ungeheimheit brannte Ismer auf der Haut, und um das Brennen endlich zu löshen, war ihm jedes Mittel recht. Er wollte, wenn es nicht anders ging, strads ins Wasser laufen, wie eissig, reißend und tief es auch schien oder gar war.

„Na, Sie sehen ja aus, wie wenn Ihnen alle Felle weggeschwommen sind!“ sagte eines Tages der Arzt zu Ismer. „Wo fehlt's denn nu wieder?“

Ismer konnte nichts Rechtes antworten, was ihm unangenehm war, denn, als ein Kamerad einmal sich ähnlich benommen hatte, war der Arzt etwas ärgerlich geworden und hatte gefunden, daß die beste Medizin ein frisch aufgeworfener Schühengraben wäre. Es hatte auch nicht lange gedauert, da war der Kamerad wieder an die Front zurückgeschickt, und bald darauf war er gefallen.

Ismer klagte nur über die gewöhnlichen Dinge und sekte selbst hinzu, die Sache werde doch wohl bald vorbei sein. Der Arzt aber meinte zum größten Erstaunen Ismers, so einfach wäre sie doch nicht, und ohne etwas Heimatarlaub gar nicht zu machen. Nun sah Ismer da. Da Ismer schwieg, legte der Arzt hinzu: „Na ja! Es is ja ja!“ Er führte Ismers Sprachlosigkeit auf ein alle äußeren Kundgebungen lähmendes Glücksgefühl zurück. „Heut und morgen is es ja noch nich möglich, aber auf die Woche! . . . Da kann die Kiste losgehen!“

Die Zeit, während der Arzt sprach, hatte Ismers Stimmung so oft gewechselt, daß er nicht einmal klar darüber wurde, wie es ihm gelingen werde, den Arzt hinzuhalten, damit er das Versprechen des Heimatarlaubes nicht etwa zurücknähme, was dann und wann schon vorgekommen war. Der Arzt weidete sich an der Belegenheit Ismers und sekte hinzu: „Jawoll! Det kommt ooch! Immer kalt Blut und warm angezogen!“

Endlich raffte sich Ismer zu einem: „Dank, schön, Herr Doktor!“ auf.

Und das war denn auch das im wesentlichen von Herzen kommende Wort.

Wenn Ismer sich auch noch vor dem Augenblicke fürchtete, wo er Emilie würde schreiben müssen, er läme auf Urlaub, oder gar dem, wo er ihr gegenüberreiten sollte: im letzten äußersten Winkel seiner Seele sah etwas, das dieser Furcht die Türe wies. Und Ismer wiederholte: „Vielen Dank, Herr Doktor!“

Der Arzt nickte vielsagend und kniff dabei das linke Auge zu, indem er die Nase rümpfte. Ismer verstand und erlödete. Der Arzt trat lächelnd zu einem andern Verwundeten.

Nun war Ismer wirklich allein und ganz sich selbst anheimgegeben. Jetzt konnte er ungestört den Vorgeschmack des Wiedersehens mit Emilie auskosten.

War es richtig, ihr zu schreiben, daß er bald käme?

Verdient hatte sie es nicht. Eigentlich war es richtiger, sie zu überraschen.

Rein, was für ein Gesicht sie machen wird, wenn er so ankommt, zwar verwundet, und noch etwas hilflos, aber doch schon wieder ein ganzer Mann, der das Eisene auf der Brust trägt, und auf den man schließlich ein wenig stolz sein konnte! Aber, wenn man es recht bedachte: ihre Fährlichkeit hatte die Ueberraschung auch.

Wenn Emilie es nun übel nahm, daß er sie nichts hatte wissen lassen?

Und das durfte sie, denn man hatte ihr doch nichts vorzuwerfen. . . . Wenigstens seitdem der Frihe tot war.

Daß er auch diese dumme Geschichte nicht los werden konnte!

Ismer big sich auf die Lippen. Und plötzlich erlebte er wieder die ganze Sache, wie er zuerst des Frihes ansichtig geworden war, wie er ihn auf dem Schlachtfelde gefunden hatte, und wie der Kett ihm unter seinem Verhör, fast unter dem Messer gestorben war.

Huh! . . . Die Nacht, die Nacht!

Wie anders wird die bei Emilie sein!

Wäre sie nur erst da!

Wierzehn Tage später befand sich Ismer mit vielen Kameraden in einem Schnellzuge, der nach Berlin fuhr.

Je mehr sich der Zug Berlin näherte, um so unruhiger wurde die Gesellschaft. Und wenn auch einzelne, die während der ganzen Reise getobt hatten, etwas stiller wurden, so war auch das nur ein Zeichen höherer innerer Unruhe und Spannung. Alle erwarteten sie von dem in Frühlingspracht erstrahenden Berlin das Hell. Hier hätte ihrer, was sie so lange erlitten hatten, und das endlich zu erreichen ihre Verwundung mitgeholfen hätte, die sie jetzt fast segnen mochten. Es schien, wie wenn alle Liebesglut, die bis dahin verkrochen geblieben war, sich in die Menschen zurückgewagt hätte, um sie bis zum äußersten zu durchdringen und zur Unterwerfung zu zwingen. Die Unverheirateten schrien von den Fenstern her die Frauenspersonen an, die mit ihren Kindern oder allein längs der Bahndämme oder auf den Vorortbahnhöfen standen, um den Zug zu begrüßen. Allen schien es wie ein heißer Brodem hinaufzuwehen von jenen Wesen, für die sie kämpften, ob sie ihnen gehörten oder nicht, die aber ihnen ins Gedächtnis zurückriefen, daß sie selbst so etwas hatten oder bekommen werden, daß es mit offenen Armen dastand, daß es darauf wartete, sie zu empfangen oder selbst empfangen zu werden. (Fortsetzung folgt.)

